

chum), wobei die Beurteilungskriterien freilich offengelegt werden müßten.

### Ein Lexikon für kirchliche Zeitgeschichte

Ungeachtet des die Grenzen einer evangelisch-katholischen Kooperation auf dem Sektor kirchlicher Zeitgeschichte aufzeigenden Methodenstreits, wurde von den Teilnehmern als nützlich empfunden, diesen Konfliktpunkt – wenn auch nur am Rande des Kongresses – überhaupt angesprochen zu haben. *Heinz Hürten* (Eichstätt) meinte dazu, auch der Verlust einer Illusion sei schon ein Gewinn. Nach dieser Tagung wüßten die Partner besser als zuvor, woran sie seien und würden eine künftige Zusammenarbeit nicht gerade dort beginnen, wo die Auffassungen am weitesten auseinanderklafften. So dürften *gemeinsame Projekte* über Schuld- und Widerstandsfragen

wohl noch länger auf sich warten lassen; dem von der Arbeitsgemeinschaft ins Gespräch gebrachten Plan eines interkonfessionellen biographischen Lexikons zur kirchlichen Zeitgeschichte räumte man dagegen größere Chancen ein. Alles in allem scheint diese Tagung als ein interessantes Experiment gelungen zu sein. Protestantische und katholische Fachvertreter setzten sich erstmals zusammen und diskutierten ihre Fragen nahezu ohne Tabu. Man kann nach dieser Tagung davon ausgehen, daß es nicht dabei bleibt, sondern daß sich die Begegnungen fortsetzen. Ob daraus einmal eine ständige Einrichtung wird, muß abgewartet werden. Andreas Lindt jedenfalls gebührt Dank dafür, diese ökumenische „Initialzündung“, die angesichts der bestürzenden Nachricht von seinem plötzlichen Tode wie ein Vermächtnis anmutet, zusammen mit seinen Mitveranstaltern ins Werk gesetzt zu haben.

*Jochen-Christoph Kaiser*

## Kirche im Wandel

### Zur Lage des Katholizismus in Taiwan

Die Republik China (Taiwan) lebt in weitgehender *außenpolitischer Isolation*, seit die meisten Staaten der Erde die Volksrepublik China diplomatisch anerkennen und ihre Botschaften in Taipei geschlossen haben (vgl. HK, Oktober 1979, 525 ff.). Taiwan unterhält nur noch zu 24 Ländern offizielle Beziehungen, darunter zum Vatikan sowie zu fast allen Staaten Mittelamerikas. Gleichwohl erscheint es *innenpolitisch gefestigter als früher*, zumal der Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen seiner Wirtschaft einen erheblichen Aufschwung verschaffte. Diese relative Stabilität dürfte auch durch die derzeitige leichte Rezession und einige Finanzskandale jüngerer Datums kaum gefährdet sein.

### Innenpolitische Stagnation trotz leichter Liberalisierung

Das politische Leben Taiwans wird noch immer von jenen Chinesen bestimmt, die 1949 vom Festland auf die Insel flohen. Sie stellen zwar nur 14% der 19 Millionen Einwohner, beherrschen aber durch die Kuomintang als einziger Partei von Bedeutung alle wichtigen öffentlichen Institutionen. Innerhalb der Kuomintang vollzieht sich jedoch ein allmählicher *Generations- und auch Machtwechsel*. Im Interesse des Ausgleichs zwischen den Bevölkerungsgruppen wurden gerade in den letzten Jahren vermehrt gebürtige Taiwaner in die Partei aufgenommen. Diese besitzen mittlerweile unter den 2,2 Millionen Mitgliedern der Kuomintang eine Zwei-Drittel-Mehrheit, sie sind allerdings in den – stark überalterten – Führungsgremien noch unterrepräsentiert.

Ein Wechsel im höchsten Staatsamt ist ebenfalls absehbar, da Staatspräsident *Chiang Ching-kuo* seit langem schwer

krank ist und die Amtsgeschäfte nur noch eingeschränkt führen kann. Hinsichtlich seiner Nachfolge herrscht Ungewißheit, denn er selbst favorisiert offensichtlich keinen der möglichen Bewerber. Sein Stellvertreter, der 1984 überraschend von ihm berufene Presbyterianer und gebürtige Taiwaner *Lee Teng-hui*, besitzt keine Hausmacht innerhalb der Kuomintang und dürfte ihm allenfalls nominell als Staatsoberhaupt nachfolgen. Man rechnet deshalb eher damit, daß die Grundlagen der Politik in Zukunft von einer kollektiven Führung unter starker Beteiligung der Armee bestimmt werden (vgl. Far Eastern Economic Review, 5. 9. 85).

Am konservativen, betont antikommunistischen Kurs des Landes wird sich vorerst kaum etwas ändern. Die demokratischen Rechte der Bürger (Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit) sind unter dem seit 1949 geltenden Kriegsrecht weiterhin stark eingeschränkt. Immerhin lockerte man aber in den letzten Jahren zeitweise die Pressezensur und ließ einige der 1979 inhaftierten Menschenrechtler frei. Diese Maßnahmen dienten wesentlich dazu, die (inoffiziellen) Beziehungen zu den USA, dem weitaus wichtigsten Handelspartner Taiwans, zu verbessern.

Die *politische Opposition* hat unter diesen Gegebenheiten einen sehr schweren Stand. Ihr fehlt jeglicher organisatorische Zusammenhalt, da die Neugründung von Parteien verboten ist. Zudem reicht ihr politisches Spektrum von Liberalen bis zu Krypto-Marxisten. Ihre Repräsentanten, die seit 1977 unter dem gemeinsamen Begriff „tangwai“ („Parteilose“) auftreten, eint im wesentlichen nur das Bestreben, den einheimischen Taiwaner größeren Einfluß im öffentlichen Leben zu verschaffen. Sie fordern deshalb die Aufhebung des Kriegsrechts, die Zulassung neuer Par-

teien, Pressefreiheit und die Freilassung der etwa 700 (nach Regierungsangaben: 300) politischen Gefangenen. Zerstritten sind sie dagegen in der Frage der politischen Zukunft Taiwans. Eine kleine Gruppe optiert eher für eine mögliche Wiedervereinigung mit Festland-China, die Mehrzahl sähe dagegen wohl lieber, wenn sich Taiwan als eigener chinesischer Staat konstituierte und den Alleinvertretungsanspruch aufgab.

Die „tangwai“ bilden somit derzeit keine ernsthafte Gefahr für die Regierung, zumal sie in der Gesetzgebenden Versammlung nur 6 von 329 Abgeordneten stellen (bei Teilwahlen erreichten sie allerdings Stimmenanteile von bis zu 30%). Größere Schwierigkeiten könnte der politischen Führung dagegen die *innerparteiliche liberale Opposition* bereiten. Diese rekrutiert sich vornehmlich aus Intellektuellen und Geschäftsleuten, die in den USA studierten und dort in ihren demokratischen Ansichten geprägt wurden.

Einen Ausweg aus dem außenpolitischen Dilemma hat die Regierung bisher nicht gefunden. Die militärische Bedrohung durch Peking ist zwar trotz gelegentlicher Zwischenfälle in der Straße von Taiwan eher gering einzuschätzen, doch dafür wächst der durch die Isolation ausgeübte Druck. Mit Besorgnis beobachtet man, daß selbst Südkorea, einer der engsten Verbündeten Taiwans, Kontakte zu Peking nicht mehr grundsätzlich ablehnt. Darüber hinaus könnte die Volksrepublik China eines Tages versucht sein, über ihre Wirtschaftsbeziehungen Taiwan indirekt zur Wiedervereinigung zu zwingen. Immerhin drohte *Deng Xiao-ping* dem Inselstaat im Oktober 1984 an, man werde seinen Widerstand gegebenenfalls durch eine Wirtschaftsblockade brechen. Einen äußerst bedenklichen Präzedenzfall sieht man deshalb im *Hongkong-Abkommen zwischen London und Peking*. Sollte es sich bewähren, wäre mancher Taiwanese sicherlich nicht abgeneigt, für eine Wiedervereinigung mit der Volksrepublik auf ähnlicher Basis zu plädieren. Ohnehin wird das Verbot sämtlicher Kontakte zu Festland-China immer häufiger umgangen. Ein deutliches Indiz hierfür ist der *wachsende indirekte Handel* zwischen den beiden chinesischen Staaten, der vor allem über Hongkong, Singapur und Japan abgewickelt und inzwischen auch von der Regierung in Taipei stillschweigend geduldet wird.

### Die katholische Kirche – Aufbruch aus der Stagnation

Schätzungsweise 6–8 Millionen Taiwanese bekennen sich zum Buddhismus, über 3 Millionen zum Taoismus und etwa 600 000 zum Christentum. Offiziellen Angaben zufolge gibt es hierunter fast 300 000 Katholiken, doch wird diese Zahl intern als überhöht angesehen, zumal es nur rund 60 000 einigermaßen regelmäßige Kirchgänger gibt (vgl. UCA News, 13. 2. 85). Dies verweist auf eines der gravierendsten Probleme der Kirche – sie ist eine seit den späten 60er Jahren *stagnierende Gemeinschaft*, der es vielfach an innerem Zusammenhalt fehlt.

Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Konsolidierung sind zumindest teilweise eine Folge der *raschen Expansion der Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg*. 1945 gab es auf Taiwan nur 10 000 Katholiken, 1954 waren es bereits 32 000 und 1965 schließlich 265 000 (vgl. Echange France-Asie, Dossier „Taiwan“ / September 1983, S. 18). Den Zuwachs verdankte man wesentlich der aufopferungsvollen Tätigkeit zahlreicher vom Festland geflohener Missionare, die sich mit Erfolg um die Glaubensverbreitung unter den Flüchtlingen, aber auch unter den eingeborenen Stämmen (2% der Gesamtbevölkerung) bemühten. Viele Täuflinge suchten aber wohl nur temporär geistlichen Zuspruch und ließen sich gelegentlich auch eher von materiellen Erwartungen leiten, denn immerhin verfügte die Kirche damals über beträchtliche Mittel zur Linderung der Flüchtlingsnot. Vor allem jene zahlreichen Konvertiten, die bei ihrem Glaubensübertritt nicht von ihren Familien unterstützt wurden, fanden oft keinen dauerhaften Kontakt zur Kirche. Die erhebliche Binnenwanderung der Bevölkerung, insbesondere die Landflucht, entfremdet ebenfalls manchen Gläubigen dem Christentum. Entsprechend bleiben viele der seit 1945 gebauten Kirchen bei Gottesdiensten fast leer, einige Gotteshäuser mußten sogar wieder geschlossen werden.

Zu den vordringlichsten Aufgaben der Kirche gehört deshalb neben der Mission die *Stärkung der bestehenden Gemeinden*. Für 1987 ist ein „Nationales Symposium der Evangelisierung“ geplant, an dessen Vorbereitung gerade auch die kirchliche Basis mitarbeiten soll. Man will dabei nicht nur neue Richtlinien für die Missionierung erstellen, sondern auch die Prioritäten überprüfen und die Pastoral intensivieren.

Wesentlicher Bestandteil der Neu-Orientierung ist die stärkere Einbindung der Kirche in das geistige Leben Taiwans. Dies ist nicht leicht, setzt sich die Kirche doch vorwiegend aus Gläubigen aus der Gruppe der Festland-Chinesen sowie der eingeborenen Stämme zusammen, von deren 200 000 Angehörigen rund 80 000 Katholiken sind (vgl. Fides 25. 9. 82). Unter den eigentlichen Taiwan-Chinesen gibt es dagegen nur wenig Katholiken.

Probleme bereitet auch die *Indigenisierung des Klerus*. Nur einer der 10 Bischöfe ist in Taiwan geboren, 8 stammen dagegen vom Festland. Die Hälfte der 730 Priester, davon 68% Ordensgeistliche, kommt aus dem Ausland, und unter den übrigen finden sich sehr viele Kontinentalchinesen (vgl. Echange France-Asie, Dossier Mai–Juni 1985, S. 96). Das Durchschnittsalter der Priester liegt bei 60 Jahren, und so ist zu befürchten, daß sich der Priestermangel in nächster Zeit eher verstärkt, da es nur wenige einheimische Berufungen gibt.

Eine gewisse Abhilfe erhofft man sich von der Mitarbeit der über 400 *Katechisten* sowie der ehrenamtlich tätigen „Laienapostel“, die u. a. priesterlose Gottesdienste abhalten, die Kommunion spenden und Bibelgruppen leiten. Der Gewinnung insbesondere von „Laienaposteln“ sind jedoch Grenzen gesetzt. Potentielle Kandidaten, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, können zumeist

nicht die notwendige Zeit für die zweijährige Ausbildung aufbringen, und so rekrutieren sich z. B. die Laienhelfer der Diözese Hwalien vorwiegend aus Bauern und Hausfrauen. Ältere Bewerber müssen außerdem gelegentlich abgewiesen werden, weil sie die Staatssprache Mandarin nicht genügend beherrschen. Immerhin konnten aber z. B. in der Diözese Hwalien seit 1981 36 Mitarbeiter ausgebildet werden, weitere 50 stehen vor dem Abschluß (vgl. Die Katholischen Missionen 3/1985, S. 90 ff.).

### Forderungen nach verstärktem gesellschaftlichem Engagement

Auch ihre Kultur- und Sozialarbeit ermöglicht der Kirche eine stärkere Verankerung im gesellschaftlichen Leben Taiwans. Die etwa 50 katholischen öffentlichen *Bildungseinrichtungen* genießen einen recht guten Ruf. Besonderen Ansehens erfreut sich die *katholische Fujen-Universität in Taipei*, an der sich 1978 die „Taiwan-Forschungsgruppe für Theologische Fragen“ (Targti) konstituierte. Sie betreibt eine intensive Grundlagenforschung für eine Theologie im gesellschaftlichen Kontext und will mit ihrer Arbeit nicht nur das Bewußtsein der Öffentlichkeit für ethische und soziale Fragen schärfen, sondern auch zur Verständigung zwischen Christen und Nichtchristen beitragen.

In einer 1983 veröffentlichten umfangreichen Studie forderte sie, die Kirche solle sich stärker als bisher nicht nur mit dem Problem der religiösen Inkulturation befassen, sondern insgesamt mit der geistigen Situation der Gläubigen in einer Gesellschaft, die von allzu materiellem Denken und mangelndem Verständnis für die Individualität des Menschen geprägt ist. Sie regte u. a. an, die Bildungspläne der Schulen den modernen Bedürfnissen anzupassen, die Arbeit der Sozialdienste zu intensivieren und nicht zuletzt die Einrichtung von Basisgemeinden zu fördern. Bemängelt wurde, daß sich die Kirche nicht in ausreichendem Maße zu einigen grundlegenden Problemen der taiwanesischen Gesellschaft äußere, insbesondere der ungenügenden sozialen Absicherung der Menschen und dem Fehlen echter Demokratie (vgl. Pro mundi vita, Asien-Australasien-Dossier Nr. 33, 2/1985).

Bisher setzt sich nur eine Minderheit von (oft ausländischen) kirchlichen Mitarbeitern öffentlich für die Einhaltung der Menschenrechte und die sozialen Belange der Gläubigen ein. Sie kritisiert z. B. heftig die 1984 verabschiedeten Arbeitsgesetze für den industriellen Sektor. Diese sollen zwar die Arbeitsplätze sichern und sehen u. a. finanzielle Entschädigungen bei Entlassungen vor, doch werden die Bestimmungen oft von den Arbeitgebern umgangen. Die Arbeitnehmer können ihre Rechte kaum je einklagen, und von den staatlich kontrollierten Gewerkschaften ist keine Hilfe zu erwarten (vgl. UCA News 21. 8. 85). Derartige Fragen, aber auch Umwelt-Skandale werden allerdings inzwischen auch in katholischen Presse-Organen immer häufiger offen angesprochen. Das gesellschaftliche Engagement mancher kirchlicher

Mitarbeiter findet keineswegs den ungeteilten Beifall aller Kreise des Klerus, da es das insgesamt recht gute Verhältnis der Kirche zum Staat stören könnte. In politischen Grundfragen, insbesondere bezüglich des Alleinvertretungsanspruches Taiwans und der Gegnerschaft zur Volksrepublik China, weiß man sich ohnehin mit der Regierung einig. Die einzige ernst zu nehmende Kontroverse jüngerer Zeit betraf die *Legalisierung der Abtreibung*. Ein Mitte 1984 verabschiedetes Gesetz sieht vor, daß qualifizierte Ärzte dann einen Abort vornehmen dürfen, wenn eine Vergewaltigung oder eine – sehr weit gefaßte – medizinische Indikation vorliegt. Nachdem alle kirchlichen Proteste im Vorfeld der Gesetzesberatungen erfolglos geblieben waren, drohte Erzbischof *Stanislaus Lo Kuang* von Taipei schließlich in einem Hirtenbrief allen Katholiken, die eine Abtreibung vornehmen ließen, die automatische Exkommunikation an (vgl. UCA News 11. 7. 84).

### Kaum Probleme im Verhältnis zu den Protestanten

Die Annäherungsversuche zwischen Rom und Peking beobachtet die Kirche Taiwans mit äußerster Besorgnis. Sie berühren ja nicht nur die staatlichen Interessen Taiwans, sondern auch das Selbstverständnis einer Glaubensgemeinschaft, die sich als einzigen freien Teil der gesamten chinesischen katholischen Kirche betrachtet. Gleichwohl gibt sich die Kirche flexibel, denn schließlich würde der Vatikan die Aufnahme von Beziehungen zu Peking wohl kaum von der Zustimmung der taiwanesischen Bischöfe abhängig machen. Entsprechend betonten die Bischöfe Taiwans im September 1984 in einem Hirtenbrief, entscheidend sei allein die Gemeinschaft im Glauben. Die mögliche Anbahnung diplomatischer Beziehungen zwischen Rom und Peking sei dagegen kein grundsätzliches religiöses Problem, sondern eine rein politische Angelegenheit. Derartige Bindungen könnten sich sogar für die Kirche in Kontinentalchina als nützlich erweisen und brauchten von den Taiwanesen nicht als Degradierung aufgefaßt zu werden – letzterer Hinweis diente wohl vor allem der Beruhigung der eigenen Gläubigen (vgl. UCA News 28. 11. 84).

Das Verhältnis der katholischen Kirche zu den etwa 60 *protestantischen Kirchen und Gruppierungen* gestaltet sich *relativ unproblematisch*. Kontakte sind allerdings nicht allzu häufig und beschränken sich eher auf die Führungsebene. Vor allem die evangelikalen Gruppen, die ihre Missionsarbeit in letzter Zeit intensiviert haben, zeigen nur eine geringe Neigung zu ökumenischer Zusammenarbeit. So gelang es bezeichnenderweise nicht, anlässlich der Weltgebetswoche für die christliche Einheit im Januar 1985 einen gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst zu veranstalten – zahlreiche protestantische Kirchenführer zogen es statt dessen vor, der Amtseinführung Präsident Reagans in Washington beizuwohnen. Die weitaus größte protestantische Kirche ist jene der

*Presbyterianer.* Bis 1949 war sie in Taiwan die einzige Missionskirche von Bedeutung, und so zählen zu ihren 200 000 Gläubigen auch viele gebürtige Taiwanesen. Das Eintreten für deren Belange brachte die presbyterianische Kirche allerdings häufig in Konflikt mit staatlichen Stellen. Dies wurde besonders nach den Unruhen von Kaohsiung im Dezember 1979 deutlich, die aus bis heute ungeklärten Gründen im Anschluß an eine friedliche Demonstration ausbrachen. Zu den bald darauf wegen „aufrührerischer Tätigkeit“ Verurteilten gehörten mehrere prominente Presbyterianer, darunter der Generalsekretär der Kirche, der erst Mitte 1984 auf Grund einer Amnestie

freigelassen wurde. Der angebliche „Rädelsführer“, ein Katholik, wurde im übrigen damals zu lebenslanger Haft verurteilt und ist weiterhin inhaftiert.

Die katholische Kirche Taiwans ist somit *in mehrfacher Hinsicht gefordert*. Sie muß sich nicht nur konsolidieren und – nach Möglichkeit – die Mission verstärken, sondern vor allem auch auf die Erfordernisse einer gewandelten taiwanesischen Gesellschaft vermehrt eingehen. Die ersten Schritte hat sie hierzu gemacht. Ob sie in ihren Bemühungen Erfolg haben wird, hängt allerdings wesentlich von politischen Faktoren ab, auf die sie keinen oder nur geringen Einfluß nehmen kann. *Peter Drews*

## Kurzinformationen

**Auf Chancen und Probleme von Akademikern im kirchlichen Leben macht eine Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aufmerksam.** Ende Oktober veröffentlichte die Kommission „Bildung und Kultur“ des ZdK eine Erklärung mit dem Titel „Die neue Generation akademisch gebildeter Katholiken in der Verantwortung für Gesellschaft und Kirche“. Man habe, so der Text, in den vergangenen Jahren lange über das katholische Bildungsdefizit diskutiert; kaum jemals sei aber erörtert worden, welche Wirkung eine *Veränderung des Akademikeranteils* auf die Pfarrgemeinden und auf die Kirche haben könnte. Das Fachwissen akademisch gebildeter Katholiken werde im allgemeinen von den Pfarrgemeinden noch zu wenig genutzt und erbeten. Gelegentlich entstehe auch der Eindruck, kirchliche Amtsträger und Akademiker hätten Schwierigkeiten, einander unbefangen zu begegnen. Häufig treffe man bei katholischen Akademikern auf eine intellektuelle Spaltung: „Auf ihrem Sachgebiet sind sie fachkundige Spezialisten, auf dem neuesten Stand von Entwicklung und Wissenschaft, während sie sich in Glaubensfragen nicht weiterbilden.“ Daß fundierte theologische und religiöse Weiterbildung Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit der säkularen Welt sei, sei bisher nicht allgemeine Überzeugung der Katholiken. Die Erklärung weist darauf hin, daß es neben Akademikern, die aktiv am Gemeindeleben teilnehmen, auch solche gebe, die nur schwer ihren Ort in der Pfarrgemeinde fänden. Über diese Fernstehenden habe man sich bisher in den Pfarrgemeinden zu wenig Gedanken gemacht. Es sei wünschenswert, verstärkt Formen der *Akademikerpastoral*, überpfarrliche Ansätze und gemeindebezogene Anregungen zu entwickeln. Für die Diözesen ergibt sich nach Ansicht des Zentralkomitees die Notwendigkeit der Errichtung eines Referats für Akademikerpastoral.

**Zehn der siebzehn Gliedkirchen der EKD haben bis Ende Oktober offizielle Stellungnahmen zu den Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt vorgelegt.** In einer Auswertung dieser Stellungnahmen zu den Lima-Er-

klärungen stellte Oberkirchenrat *Lothar Coenen* vor der EKD-Synode in Trier (vgl. ds. Heft, S. 544 u. 547) fest, die Konvergenzerklärungen würden darin überall *ausdrücklich begrüßt*. Verschiedene Kirchen weisen aber auf *offene Grunddivergenzen* hin, die noch geklärt werden müßten. Dabei geht es um das Verhältnis von Schrift und kirchlicher Tradition, um die Zuordnung der Kirche zu Christus und um die sozioethische Ausrichtung der Erklärungen. Überwiegend Zustimmung gibt es zum Dokument über die *Taufe*. Das gilt nach dem Bericht von Coenen auch für das *Eucharistiedokument*, wobei sich allerdings in einigen Punkten Schwierigkeiten abzeichnen. So wird an der Lima-Erklärung kritisiert, daß die Kirche oft als Subjekt im Zusammenhang des eucharistischen Geschehens genannt wird; der Terminus Eucharistie wird teilweise als fremd empfunden; man gibt der Sorge Ausdruck, daß die Gabe Gottes zu sehr vom menschlichen Handeln abhängig gemacht werde. Ebenso geben manche Kirchen Schwierigkeiten mit der Aussage der Lima-Erklärung über die Feier der Eucharistie als zentralem Akt des Gottesdienstes zu Protokoll. Die umfangreichste Diskussion hat sich zum *Amts-Dokument* von Lima entwickelt: Weitgehende Zustimmung gibt es in den Stellungnahmen aus den EKD-Gliedkirchen zum Abschnitt über die Berufung des ganzen Volkes Gottes; es wird aber beklagt, daß dieser Grundsatz in den weiteren Ausführungen über das ordinierte Amt und seine Formen nicht durchgehalten werde. Die in der Lima-Erklärung anklingende Beschränkung der Leitungsfunktionen auf das ordinierte Amt wird durchweg abgelehnt und demgegenüber auf das Zusammenwirken von Ordinierten und Nichtordinierten in gemeindlichen und synodalen Leitungsgremien hingewiesen. Allgemein wird auch die dreigliedrige Ämterstruktur (Bischof, Priester, Diakon) als allgemein verbindliche Ordnung für die Gestaltung des Amtes in Frage gestellt. Kritische Äußerungen finden sich in den Stellungnahmen auch zum Verständnis der Ordination als sakramentalem Zeichen. Coenen kommt in seinem Bericht über die bisherigen Stellungnahmen zu dem Schluß: „Sicher ist, daß der jetzige Text der Konvergenzerklärung den Konsens zwi-